

Zeitschrift: Zeitschrift für öffentliche Fürsorge : Monatsschrift für Sozialhilfe : Beiträge und Entscheide aus den Bereichen Fürsorge, Sozialversicherung, Jugendhilfe und Vormundschaft

Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe

Band: 76 (1979)

Heft: 3

Artikel: Jedes Jahr ein Jahr des Kindes

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-838765>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

und der mangelnden Disziplin in den öffentlichen Schulen ist die Mitwirkung von Freiwilligen zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den Pausen, im Innern der Schulen und auf Sportplätzen von hohem Wert. In den Bussen, mit denen ein grosser Teil der Schüler zu und von der Schule befördert wird, ist die Beaufsichtigung der Kinder durch Erwachsene besonders nötig. Die Teilnahme von Helfern wird schliesslich auch bei Schulausflügen und in den Schulferien begrüsst.

Besonders erfreulich ist, dass sich auch Wirtschaftskreise an den Programmen beteiligen: zum Beispiel gibt eine Lebensversicherungsgesellschaft ihren Angestellten, die in den Schulen aushelfen, wöchentlich einen Nachmittag frei. Eine spezielle Fürsorge kommt den Wanderarbeitern zugute, die alljährlich insbesondere aus Mexiko einwandern, um bei der Ernte auszuhelfen. Ähnlich wie in der Bundesrepublik Deutschland ist die Frage brennend geworden, wie den Kindern dieser Wanderarbeiter geholfen werden kann, insbesondere beim Erlernen der englischen Sprache, damit sie dem Unterricht folgen können.

Auch für weite Kreise der Bevölkerung setzt diese gemeinnützige Hilfe ein. Als 1978 in Kalifornien infolge eines Volksbegehrens die Grundsteuern erheblich herabgesetzt wurden, mussten manche Bibliotheken wegen Abbaus von Personal geschlossen werden. Da fanden sich freiwillige Helfer, die die Bibliothek wöchentlich während 20 Stunden offenhalten. Die Studenten von mehr als 2000 Colleges und 600 High Schools arbeiten ohne Vergütung für gemeinnützige Zwecke wie Reinigung von Strassen und öffentlichen Erholungsstätten.

Auch ältere Personen betätigen sich. Von einem 60jährigen Richter in Atlanta (Georgia) wird berichtet, dass er bei Unfällen durch schnelle Telefonverbindung erreichbar ist, so dass er bisweilen schon vor dem Eintreffen der Ambulanz die erste Hilfe leisten kann. In Cleveland (Ohio) ist ein Retired Senior Volunteer Program eingerichtet worden, an dem sich 1500 Freiwillige im Alter von 60–92 Jahren in verschiedenen Formen beteiligen, wie Unterrichten von in der Schule zurückgebliebenen Kindern, Besuch von Kranken, Unterhaltung von Altersgenossen, Vorlesen für Blinde.

Älteren Personen wird in mannigfachen Formen geholfen, sei es durch Einrichtung von gemeinsamen Veranstaltungen, sei es im Einzelfall durch Hilfe bei der Haushaltsführung oder im Krankheitsfall. Sogar die Wiederherstellung heruntergekommener Wohnungen und Häuser wird durch die Arbeit von Freiwilligen bewerkstelligt.

Dieses Bild, das die Erhebung des Census Bureau gebracht hat, widerlegt die weit verbreitete Meinung, dass die Bewohner der USA in einer self centered decade, einem Jahrzehnt, in dem jeder nur sein eigenes Wohl im Auge hat, leben.

Jedes Jahr ein Jahr des Kindes

Unter dieses Motto stellt die Pro Juventute ihr Programm für das von der Generalversammlung der UNO zum "Internationalen Jahr des Kindes" proklamierte Jahr 1979. An

lässlich ihrer Presseorientierung vom 11. Januar 1979 in der Freizeitanlage Riesbach in Zürich informierte das Zentralsekretariat der Pro Juventute über die Zielsetzungen und Projekte, denen im laufenden Jahr besonderes Gewicht verliehen werden soll.

Dr. Alfred Ledermann, Zentralsekretär der Pro Juventute, führte in seiner Einleitung aus, die Pro Juventute bekenne sich zu den in der UNO-Resolution gesteckten Zielen, sich benachteiligten Kindern besonders anzunehmen, Bestrebungen zu vermehrtem Schutz der Kinder zu intensivieren und ihr Wohlergehen überhaupt zu verbessern. Als zentrales Anliegen formulierte er die Notwendigkeit, über die Bedürfnisse des Kindes nachzudenken, sich der Not vieler Kinder in der dritten Welt und im eigenen Land zu besinnen. Für die Stiftung Pro Juventute sei jedes Jahr ein Jahr des Kindes, weil sie seit ihrem Bestehen, seit rund 65 Jahren, bemüht sei, in ihren 190 Stiftungsbezirken in der Schweiz die Ziele, wie sie jetzt von der UNO formuliert worden seien, zu verwirklichen

Die Pro Juventute will im Jahr des Kindes den vier anschliessend skizzierten Projekten besondere Aufmerksamkeit schenken.

Berghilfe

Die Pro Juventute ist zur Überzeugung gelangt, dass die bisherige, sich in der Regel auf materielle Leistungen und wirtschaftliche Förderung (wie das am 1. März 1978 in Kraft getretene Bundesgesetz über die Investitionshilfe) beschränkende Hilfe zwar sinnvoll und richtig ist, allen – und vor allem den zwischenmenschlichen Bedürfnissen – jedoch nicht zu genügen vermag. Aus diesen Überlegungen hat die Pro Juventute zuhanden der Planungsgremien in den verschiedenen Berggebieten einen Katalog für sozio-kulturelle Aufgaben ausgearbeitet, zur Ergänzung der vorwiegend wirtschaftlich orientierten bestehenden Konzepte. Dieser Katalog enthält Vorschläge für den Ausbau von Mütterberatungsstellen, von Gesundheitserziehung, Praktikanten-, Familienhilfe und Sozialberatungsstellen. Als kulturelle Aufgabe sieht die Pro Juventute insbesondere eine eigenständige, aktive Betätigung der Bergbevölkerung im Bereich von Familie, Vereinen und Öffentlichkeit. Für die Realisierung dieser Bestrebungen will sich die Pro Juventute vermehrt einsetzen, die Bevölkerung zur Mitarbeit animieren, so Kontakte fördern und zugleich das Gefühl der Zusammengehörigkeit stärken.

Hilfe an Kinder aus unvollständigen Familien

Diesem Konzept hat die Pro Juventute in ihrem Heft Nr. 8/9, 1978 einen speziellen Beitrag gewidmet.

Kinder aus unvollständigen Familien stehen ganz besonderen materiellen und psychischen Problemen gegenüber. Die Pro Juventute unterscheidet hier in der Art ihres Einsatzes zwischen materieller Hilfe einerseits und Beratung und Betreuung andererseits. In der materiellen Unterstützung hat sie die Möglichkeit, im Rahmen der sozialen Einzelhilfe in Notfällen einmalige Überbrückungshilfen auszurichten. Die Pro Juventute hat aber auch damit begonnen – vorerst in einem Modellversuch im Kanton Appenzell AR –, in

Härtefällen aus einem speziell eingerichteten Fonds monatliche Beiträge, Kinderzulagen vergleichbar, auszurichten. Die Schaffung von weiteren Fonds zu diesem Zweck ist vorgesehen.

In den Gebieten der Schweiz, in denen noch keine Inkassostellen für Unterhaltsbeiträge, wie sie das neue Kindesrecht vorsieht, bestehen, wirkt die Pro Juventute bei der Einrichtung solcher Stellen mit.

Auf den Gebieten der Beratung und Betreuung von unvollständigen Familien ist die Pro Juventute bemüht, die Schaffung von mehr polyvalenten Sozialdiensten, Familien-, Ehe- und Erziehungsberatungsstellen zu fördern. Dazu steht sie in Kontakt zu bereits bestehenden regionalen Institutionen und strebt eine noch intensivere Zusammenarbeit mit diesen an.

Spielnot der Stadtkinder

Das Spiel ist für eine gesunde physische und psychische Entwicklung des Kindes von zentraler Bedeutung. Durch die Unwirtlichkeit vieler Städte, die auf möglichst reibungslosen Ablauf von Strassenverkehr und Geschäftsleben, wenig jedoch auf die Bedürfnisse nach Spiel und Erholung ausgerichtet sind, gibt es für Kinder nur sehr begrenzte Gelegenheit für spielerische, kreative und soziale Entfaltung. Die wenigen Spielmöglichkeiten, die den Kindern in den Städten geblieben sind oder für sie geschaffen werden, sind vor allem für Kleinkinder gedacht. Mit dem Eintritt ins Schulalter endet jedoch die Bedeutung des Spiels für die Entwicklung keinesfalls: es fördert die Denk- und Entscheidungsfähigkeit, es lehrt Erfahrungen sammeln im Umgang mit Abmachungen und Spielregeln, und im Spiel kann das Kind schöpferische Fähigkeiten und Kräfte entwickeln.

Die Pro Juventute hat sich für das Jahr des Kindes vorgenommen, sich vermehrt für Freizeiteinrichtungen (auch durch Beratung von Baubehörden und Architekten), die Ausgestaltung von Pausenplätzen einzusetzen und die Aktivierung der Bevölkerung in den Wohnquartieren zur Schaffung von spiel- und freizeitgerechten Einrichtungen, wie beispielsweise Wohnstrassen, Gemeinschaftszentren usw., anzuregen.

Lokale Initiative zugunsten der Kinder

Das Internationale Jahr des Kindes soll Impulse zu stärkerem lokalem Engagement in der Unterstützung und Durchführung von speziellen Aufgaben und Ideen zugunsten der Kinder vermitteln.

Eine grosse Anzahl von Stiftungsbezirken der Pro Juventute hat sich denn auch schon für besondere Programme entschieden. Einige werden sich für die Einführung der Pro Juventute-Elternbriefe in ihrer Region einsetzen, Bibliotheken und Ludotheken (Spilsachen-Verleih) sollen eingerichtet werden, an vielen Orten will man mehr Mütter- und Erziehungsberatungsstellen schaffen, die Jugendarbeit soll intensiviert, Bedürfnisse für Spielplätze abgeklärt werden und Quartieraktionen sollen gefördert und unterstützt werden und vieles mehr. Auf immer grösseres Interesse stösst auch der Pro Juventute-Ferienpass, der nun auch in den ländlichen Gebieten Verbreitung finden soll.

Die Pro Juventute will sich darum bemühen, für die vielen geplanten Aktionen auch anderer Institutionen oder privater Organisationen Koordinationsstelle zu sein, Kontakte zu Behörden, Aktions- und Initiativgruppen zu schaffen, damit dieses Jahr des Kindes auch tatsächlich seinen Zweck, nämlich die Bemühungen zum Wohlergehen der Kinder auszubauen, erfüllen kann.

R. W.

Reorganisation der Invalidenversicherung Besteht die Gefahr eines Leistungsabbaus?

Mitgeteilt von der Publizitätsstelle Pro Infirmis, Zürich

Im März 1976 erhielt eine Arbeitsgruppe den Auftrag, die Organisation der Schweizerischen Invalidenversicherung (IV) zu überprüfen. Das Ergebnis dieser Untersuchung liegt nun als "Bericht Lutz" vor und kann bei der Eidgenössischen Drucksachen- und Materialzentrale, 3000 Bern, bezogen werden.

Frau Erika Liniger, Zentralsekretärin des Behindertenhilfswerkes Pro Infirmis und Mitglied der AHV/IV-Kommission, hat in der Arbeitsgruppe die Anliegen der privaten Behindertenhilfe vertreten. Im Gegensatz zum Bericht Lutz, der kritisch festhält, es bestehe die Tendenz, in Zweifelsfällen zugunsten der Behinderten zu entscheiden, hält die Pro Infirmis-Zentralsekretärin eine Entscheidung zugunsten des Behinderten immer für richtig.

Im Bericht Lutz wird auch Kritik daran geübt, dass sich in den IV-Kommissionen die Personen aus dem Fachbereich Fürsorge oft zu stark im Sinne einer Parteivertretung einsetzen, und es sollten deshalb künftig keine Sozialarbeiter mehr in den IV-Kommissionen vertreten sein. Frau Liniger andererseits vertritt die Meinung, es sei sehr wichtig, dass der Sozialarbeiter neben dem Arzt, dem Juristen, den Fachleuten für Eingliederung, für Arbeitsmarktlage und Berufsbildung (eine IV-Kommission umfasst fünf Mitglieder) mitarbeiten könne; denn dem Sozialarbeiter stünden die erforderlichen Voraussetzungen zur Verfügung, um die sozial-menschlichen Probleme des Behinderten in der IV-Kommission darzustellen. Ein "Fürsprecher der Behinderten" in der Kommission sei sicher nicht fehl am Platz, und ein Missbrauch dieser Stellung sei bei einem Mitglieder-Verhältnis von 1:4 ausgeschlossen.

Der Bericht Lutz postuliert als Reorganisationsmöglichkeit eine völlige Integrierung der IV-Regionalstellen in die Sekretariate der IV-Kommissionen. Frau Liniger ist jedoch der Meinung, eine solche Neuverteilung würde eine eindeutige Verschiebung der Entscheidungskompetenzen und des Einflusses zugunsten der Verwaltung bringen. Diese zentralisierte Machtanhäufung stehe in einem krassen Widerspruch zu den Bestrebungen, die demokratischen Verfahren zu verstärken. Aus diesem Grund sollten die IV-Regionalstellen wie bisher als Fachstellen selbständig bleiben. Eine wahre Verbesserung des heutigen Zustandes würde allerdings eine Personalvermehrung in der Beratung und Betreuung bringen.